



Die CVP-Initiative blockiert den Weg für die „Ehe für alle“

Referat von Kathrin Bertschy, Nationalrätin GLP (BE)

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Initiative ist eine Mogelpackung. Den Initianten geht es nicht um die Abschaffung der Heiratsstrafe. Sie würden sonst nicht das dafür tauglichste Instrument – die Individualbesteuerung – ausschliessen. Das offenbart, dass es den Initianten nicht um die Abschaffung einer steuerlichen Ungleichbehandlung geht. Vielmehr geht es ihnen um die Verankerung des traditionellen Familienbilds in der Verfassung. Sie definieren, wer eine zivile (!) Ehe eingehen darf. Ausschliesslich Mann und Frau. Die CVP-Initiative schreibt damit ein Ehe-Verbot für LGBT-Menschen in die Verfassung.

Ein solches Verbot hat keinen Bezug zur Steuerfrage im Titel der Initiative. Ein Ehe-Verbot ist diskriminierend und verfassungswidrig. Es widerspricht den gesellschaftlichen Realitäten und den internationalen Entwicklungen. Und: Es torpediert den angelaufenen politischen Prozess zur Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz.

Die Rechtskommissionen beider Räte haben im letzten Jahr einer parlamentarischen Initiative der Grünliberalen Folge gegeben. Die Initiative mit dem Titel „Ehe für alle“ fordert, dass die gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaften allen – unabhängig vom Geschlecht – offen stehen sollen.

Die Begründung ist simpel: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“. Dieser Grundsatz steht in der Bundesverfassung. Doch den schönen Worten wird nicht nachgelebt. Will ein Paar seine Beziehung rechtlich verbindlich machen, gibt ihnen das Gesetz ungleiche Möglichkeiten. Diese unterscheiden sich einzig nach der sexuellen Orientierung. Ein Mann und eine Frau können heiraten, sie dürfen aber keine Partnerschaft eintragen. Zwei Frauen oder zwei Männer können eine Partnerschaft eintragen lassen, nicht aber eine Ehe. Die Rechtsfolgen der „Ehe“ und der „eingetragene Partnerschaft“ sind nicht dieselben. Weder die Rechte und Pflichten gegenüber dem Staat – noch die privaten Rechte und Pflichten zwischen den Partnern. Zwei verschiedene Rechtsgefässe für gleichberechtigte Menschen zu führen, und ihnen die Wahl zu verweigern, welches für sie das richtige ist; das ist einem modernen Rechtsstaat unwürdig. Der Staat hat sexuelle Präferenzen und individuelle Lebensentwürfe nicht zu werten.

Der Prozess zur Öffnung der Ehe in auch in der Schweiz weit fortgeschritten. Das Anliegen wird breit getragen. Von der Bevölkerung – in Umfragen unterstützen 70 % die Öffnung der Zivilehe. Und von diversen Organisationen (u.a. von der Operation Libero, welche dem Parlament eine Petition mit über 14'000 Unterschriften überreicht hat).

Die CVP-Initiative blockiert aber diesen Prozess. Wird sie angenommen, wäre eine erneute Verfassungsänderung notwendig, um die Ehe allen zu öffnen. Das ist ein gesellschaftlicher Rückschritt. Wir sagen entschieden Nein zur Eheverbotsinitiative, weil sie diesen Öffnungsprozess torpediert, weil sie diskriminierend ist und weil sie unserem liberalen Gesellschaftsbild diametral widerspricht.